

Schrift an der Wand

Das katalanische Drama und der Geist Europas – Ein Essay

Von Jürgen Liminski

Der Sieg des katalanischen Fußballvereins Gerona gegen die Königlichen von Real Madrid blieb ein Sportereignis. Auch wenn der abgesetzte Präsident Kataloniens es über Twitter als „beispielhaft“ bezeichnete, Carles Puigdemont hatte an diesem Tag, Sonntag 29. Oktober, sein Spiel gegen Madrid schon verloren. Ihm drohten nach Artikel 155 der spanischen Verfassung ein Prozess wegen Rebellion und Jahrzehnte hinter Gittern. Er zog es vor, ins belgische Ausland zu gehen, manche sagen zu fliehen. Die harte legalistische Linie des spanischen Premiers Mariano Rajoy hatte sich durchgesetzt.

Bis zu diesem Sonntag hatte Puigdemont noch die Chance, zurückzutreten und damit die Lage zu befrieden. So hatte es der kurdische Präsident Barsani gehalten, nachdem die irakische Armee in die von den Kurden gehaltenen Gebiete einmarschiert war. Schließlich hängt Politik, gerade in historischen Momenten eines Volkes, immer von Persönlichkeiten ab. Ein Rücktritt Puigdemonts hätte die Anklage ausgebremst. Aber jetzt lief der Zug des Artikels 155 in Richtung Prozess und Neuwahlen an und es ist nicht zu sehen, wer ihn noch aufhalten könnte. Am 21. Dezember wird in Katalonien gewählt und die Separatisten haben wenig Aussicht, wieder auf die alte Stärke, auf eine Mehrheit im Regionalparlament zu kommen.

Im Heizerwaggon schaufelte Rajoy unablässig Kohlen in die Lok. Er hätte längst die aufgeheizte Stimmung abkühlen können. Er brauchte nur auf die Katalanen zugehen und mit ihnen über eine Autonomie diskutieren, die denen der Basken ähnelt. Es wäre ein Dienst für Spanien und für Europa gewesen. Denn Fragen der Unabhängigkeit sind auch Fragen der Identität. Das gilt im Persönlichen wie im Politischen. Es gilt auch für Katalonien und andere Regionen in Europa. Gespannt verfolgen Schotten, Basken, Bretonen, Korsen, Flamen, Südtiroler, Venetier, Aland-Finnen und viele andere mehr (um nur Europäer zu nennen) das katalanische Drama. Die von den Separatisten der nordöstlichen Region Spaniens vorgebrachten wirtschaftlichen Gründe (15 Prozent der Bevölkerung erarbeiten 22 Prozent der Wirtschaftsleistung) sind Vorwände. In jedem Land Europas gibt es stärkere und schwächere Regionen und der Ausgleich ist eine politische Aufgabe. In Deutschland regelt das der Länderfinanzausgleich. Hier aber hat die spanische Zentralregierung unter Rajoy versagt. Denn Gewalt trennt,

Zwang ist keine Lösung, schon gar nicht bei Fragen nach Identität und Zukunft von Nationen.

Spaniens König Felipe hatte in seiner Ansprache an das spanische Volk beide Seiten gerügt. Rechtlich unterstützte er Premier Rajoy, das Vorgehen der Separatisten war gegen die Verfassung und ein Angriff auf die Integrität Spaniens. Aber er übte auch Kritik an Rajoy, als er sagte, ohne Achtung des anderen sei ein Zusammenleben in Frieden nicht möglich. Als Integrationsfigur des postfrankistischen Spaniens konnte der König nicht anders. Er musste versuchen, beide Seiten an einen Tisch zu bekommen. Katalanen und Zentralregierung müssen verhandeln. Das müssen sie früher oder später in jedem Fall. Der Rückzug auf rein rechtliche Positionen führt nicht weiter. Reden statt schlagen muss in Demokratien die Devise heißen. Das Schlagen auf Kinder, Frauen und Wehrlose, wie es die spanische Polizei während des Referendums am ersten Oktober tat, schafft Mythen der Unterdrückung, der Besatzung und ruft alte Geister wach. Natürlich kann von einer tatsächlichen Unterdrückung Kataloniens nicht die Rede sein. Aber auch der Protest hat seine Grenzen. Das Protestschlagen auf Töpfe füllt dieselben auf Dauer nicht. Irgendwie muss die Wirtschaft laufen und ein Modus vivendi gefunden werden. Das geht nicht ohne Verständigung und gegenseitiges Verständnis. Das zerrissene Tischtuch muss wieder geflickt werden. Als Faden könnten mehr Autonomierechte dienen, ähnlich wie Madrid sie den Basken eingeräumt hat. Die kulturelle Eigenart sollte betont und auch bei wirtschaftlichen Investitionen könnte man den Katalanen Zugeständnisse machen.

Der Streit ist auch eine Lektion für Europa. In Norditalien, in Belgien, in Großbritannien, auch in Frankreich regen sich Geister der Unabhängigkeit. Manche irrlichtern schon länger, andere schlummern noch oder dösen vor sich hin. Für alle gilt: Die wirtschaftliche Dampfwalze der Globalisierung macht auch kulturelle Blüten und Eigenheiten platt. In einer unübersichtlicher gewordenen Welt suchen die Menschen nach Orientierung und Identität. Die finden sie in ihrer Sprache, ihrem Brauchtum, ihrer Folklore, ihren Traditionen und nicht zuletzt in den Formen ihrer Frömmigkeit. Hier erfahren sie Nestwärme, die nicht ausgrenzt sondern integriert. Hier erleben sie Menschlichkeit. Großinstitutionen wie die EU aber sind „cold projects“ wie Dahrendorf sagte. Der ferne Zentralismus ist es, der das Prinzip der Subsidiarität erstickt und die Sehnsucht nach Identität in überschaubaren Räumen belebt. Die EU sollte dieser Sehnsucht Rechnung tragen, wenn sie nicht zur Freihandelszone verkommen will. Es gab in den siebziger Jahren einmal eine Diskussion über eine stärkere institutionelle Beachtung der Regionen. Ein „Senat der Regionen“, ähnlich dem Bundesrat, in dem Regionen wie Katalonien, Flandern oder Korsika ihre kulturelle Vielfalt

einbringen könnten, würde das Prinzip der Subsidiarität stärken. Das wäre mehr als ein Ventil für Separatisten. Es würde der Vielfalt und den Identitäten in Europa ein Gesicht geben.

Diese Idee aber wurde nicht weiter verfolgt. In den schicken Büros von Brüssel versteifte man sich auf eine Union nach der Formel „Vereinigte Staaten von Europa“. Diese Formel aber findet nur in Deutschland eine relevante Anhängerschaft. Die neueste Meinungsumfrage “Parlemeter 2017” über die öffentliche Wahrnehmung des EU-Parlaments und der anderen EU-Institutionen bestätigte im Oktober wieder unter den Bürgern der 28 Mitgliedsstaaten das seit Jahren anhaltende Umfragetief: Nur 33 Prozent bekunden eine positive Wahrnehmung des EU-Parlaments. Nur 31 Prozent finden, dass sich die EU vorwärts entwickelt, und nur 57% halten die Mitgliedschaft in der EU überhaupt für gut und notwendig. Trotzdem atmete man am Luxemburger Platz im Brüsseler EU-Viertel tief auf. Die Zustimmungswerte hätten auch noch geringer sein können. Und man wird sich so verhalten wie die CDU nach der Bundestagswahl: Weiter so, nur ja keine Analyse der Daten, die zu einer Kursänderung im Sinn der Mehrheit der Bürger drängen würde.

Die Institutionen und Länder der EU wären schlecht beraten, wenn sie das katalanische Drama einfach so ad acta legen würden. Es enthält eine gewichtige Lehre. Sie lautet zunächst: Wer das konstitutive Prinzip der Subsidiarität nicht beachtet und nur auf die Zentralgewalt setzt, dem wird der Wind der Unabhängigkeit ins Gesicht wehen. Und dieser Wind kann zum Sturm werden. Europa hat nur eine Zukunft als Föderation von Staaten, als „Staatenverbund“, wie helllichtige deutsche Staatsrechtler unablässig betonen, unter anderem Udo di Fabio oder Paul Kirchhof. Denn Sturmpotential gibt es mehr als genug. Jedes EU-Land hat seine regionalen Besonderheiten. Stark sind die Unabhängigkeitsbestrebungen dann, wenn in einer Region das Gefühl vorherrschend wird, man füttere und halte andere Regionen aus. Das war auch das Hauptargument in Katalonien. Man hielt die Verteilung der erwirtschafteten Güter und Leistungen für ungerecht. Dass die Zentrale sozusagen teure Schutzfunktionen auch für die reichen Regionen übernimmt – Stichwort Landesverteidigung – und man gemeinsam in einer globalisierten Welt stets stärker ist als allein, das blieb unerwähnt. Aber ein gerechtes und verträgliches Miteinander besteht immer im Geben und Nehmen, und vor allem in der Achtung der Identitäten. Hier hat Brüssel Nachholbedarf.

Auch das gehört zur Gerechtigkeit, wie sie die Klassiker Europas schon definierten: Jedem das Seine. Die EU-Funktionäre dagegen denken in der Kategorie Allen das Gleiche, vor allem in gesellschaftspolitischen Fragen.

Diese Gleichschaltung ist der Feind der Gerechtigkeit und der Feind des authentischen Europa. In dem Büchlein „Werte in Zeiten des Umbruchs“ schrieb der damalige Kardinal Ratzinger: „Politik ist dann gerecht und freiheitsfördernd, wenn sie einem Gefüge von Werten und Rechten dient, das uns von der Vernunft gezeitigt wird. Gegenüber dem Skeptizismus der relativistischen und positivistischen Theorien finden wir hier ein Grundvertrauen in die Vernunft, die Wahrheit zeigen kann“. Die Zerstörung des Grundvertrauens, die geistige Einebnung geschieht nicht nur durch den Vorrang der Wirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit, die mittlerweile alle Lebensbereiche durchziehen. Sie geschieht auch durch den Relativismus, der die Vernunft und ihre Suche nach Wahrheit suspendiert. Wo der Relativismus herrscht, verlieren auch die Werte ihre Bedeutung und dann darf man sich nicht wundern, dass die Menschen die Werte in ihren regionalen oder nationalen Identitäten suchen. Der reine Macht-Pragmatismus eines Juncker in Brüssel, dem die Befindlichkeiten der Menschen egal sind, Hauptsache alle marschieren gleichgeschaltet hinter der Kommission, liegt nicht im Sinne einer wahrheitssuchenden, werteorientierten Vernunft. Da darf man sich auch nicht wundern, dass das Grundvertrauen verloren geht und dass die Idee Europa als Zukunft stiftende Gemeinschaft verblasst.

Diese Idee, die nicht erst seit 1945 existiert, sondern über zweitausend Jahre herangewachsen ist zu dem, was man früher das Abendland nannte, und die durch die Verbindung des fränkischen Königtums mit der römisch-katholischen Kirche Gestalt annahm, diese Idee bietet immer noch eine geistige Heimat für den Vielvölkerkontinent zwischen Brest und Ural, zwischen Spitzbergen und Sizilien. Die einigende Grundlage dieser Idee-Heimat war jahrhundertlang das Band des Papsttums und nach dem Schisma 1054 das Christentum allgemein. Der Relativismus aber schwächt das geistige Band des Christentums, das die Vielfalt der Völker zusammenhielt. Die Vielfalt der Völker auf dem gemeinsamen geistigen Grund – das war immer das Wesen Europas gewesen. Die Einebnung und Gleichschaltung der Völker widerspricht dem Wesen Europas. Differenzierung in der Einheit, Vielfalt auf der Grundlage einer naturrechtlichen Gesamtverfassung oder Menschheitsordnung, das ist die Mission Europas für die Welt. Das Naturrecht des Menschen und der Völker ist universal und grundlegend für das Christentum. Es ist auch ohne Christentum nicht zu denken, denn der Mensch als Person, als Ebenbild Gottes, ist der genuine Beitrag des Christentums zur Kultur Europas und zu einer universalen Kultur überhaupt.

Dieser Mission treu zu bleiben oder wieder zu ihr zu finden war ein großes Anliegen von Papst Johannes Paul II. „Europa, werde was du bist“, rief er vor allem den Europäern zum Beginn des dritten Jahrtausends in seinem

Apostolischen Lehrschreiben „Novo millenio ineunte“ zu. Es ging ihm nicht um mehr Wohlstand durch eine gemeinsame Währung. Es ging ihm um die Seele Europas, dieses geistige Fundament, das die Benediktiner aus der Antike gerettet und in ihrer Grundregel ora et labora zur Regula des Reiches gemacht hatten. Denn diese Regel des heiligen Benedikt verband Welt und Geist, während das Mönchtum des Orients und später der Russen eher die Weltflucht lehrte. Zwar haben die Renaissance und der in ihr aufkommende Subjektivismus sowie der Protestantismus zu dem „Verlust der Mitte“ (Hans Sedlmayer) geführt und das gemeinsame Fundament Europas zerrüttet. Die Nation wurde zu einem Produkt des Willens. Ernest Renans Rede 1882 in der Nationalversammlung mit der berühmten Definition von der Nation als täglichem Plebiszit stand symptomatisch für diese Idee, wobei man fairerweise auch sagen sollte, dass Renan die Nation nicht all zu sehr überhöhte. Immerhin sagte er am Schluss seiner Rede: „Die Nationen aber sind nichts Ewiges. Sie haben einmal angefangen, sie werden einmal enden. Die europäische Konföderation wird sie wahrscheinlich ablösen.“ Wichtiger war ihm die Freiheit. Die Existenz der Nationen sah er als notwendig an, denn sie sei „die Garantie der Freiheit“. Allerdings war der Begriff der Freiheit gerade in Frankreich durch die Große Revolution hundert Jahre zuvor ausgehöhlt worden. Freiheit wurde Beliebigkeit und die Gleichheit der Personen vor Gott wurde zum Kollektivismus vor dem Gesetz. Ideologien ersetzten die Menschlichkeit der europäischen Kultur.

Aber unter der Asche des im 20. Jahrhundert zerstörten Europa schlummerte noch Glut. Adenauer, de Gaulle, Schumann, de Gasperi und andere Katholiken bauten das alte Europa neu wieder auf. Ora et labora, die Verbindung von Geist und Welt, wurde wieder eine politische Realität. Ihre Nachfolger hatten den tieferen Sinn Europas nicht verstanden. Ihnen ging es mehr um den Handel mit Gütern statt den Export von Ideen, sie bauten den Wohlstand aus und erweiterten die EU, vor allem nach dem Fall der Mauer. Die Globalisierung schließlich ließ die geistige Klammer vollends rosten. Heute ist das Christentum aus den Verträgen und Verhandlungen verbannt. Man hält Abtreibung für ein Recht, verneint die Natur des Menschen, gendert nach Belieben alles und jeden und wollte sogar die Ostheiligen Methodius und Kyrill von der Euro-Münze in der Slowakei verbannen. Die Slowaken wehrten sich, die Heiligen blieben auf der Münze. In der Slowakei hat Europa dadurch an Ansehen verloren. Dieses entseelte Europa ist nicht mehr attraktiv. Als Gegenreaktion besannen sich die Menschen auf ihre regionalen Besonderheiten, ihre Geschichte und Kultur, ihre Traditionen und Bräuche, ihre Sprachen und Künste. Es sind geistige Klammern en miniature, Orientierung und Halt in überschaubaren Räumen. Identität bietet nicht mehr der christliche Glaube, sondern der Landsmann, das Bekannte, das

Gewohnte, das Vertraute. Dieser innere Zerfall in kleine Einheiten ist die wahre Gefahr für Europa. In Katalonien wurde sie sichtbar.

Und wie soll es dort und überhaupt in Spanien weitergehen? Nun gibt es keine Pyrenäen mehr, sagten die Bourbonen, als sie vor knapp vierhundert Jahren das spanische Königshaus übernahmen. In diesen Jahrhunderten sind die Gebirgszüge zu Iberien politisch öfters wieder aus dem Boden empor gewachsen, aber mit der Aufnahme Spaniens in die EU Mitte der achtziger Jahre sind die Spitzen der Pyrenäen endgültig zu Kuppen und Wanderwegen abgeflacht. Das demokratische Spanien gehört als Ganzes zu Europa. Daran werden die Katalanen nichts ändern können. Die Mehrheit des stolzen und geschäftstüchtigen Volkes will es auch nicht. Die Separatisten-Krise der letzten Monate wird eine Episode in der langen Geschichte Iberiens und eine Fußnote in der Geschichte Europas sein.

Daran ändert auch der verzweifelte Versuch des Separatistenführers Carles Puigdemont nichts, die EU in die Krise hineinzuziehen und in Belgien sein Unabhängigkeitstheater fortzusetzen. Das Stück entpuppte sich immer mehr als persönliches Drama eines von radikalen Gesinnungsgenossen getriebenen Ideologen. Allerdings ist auch der spanische Premier Rajoy kein Held in diesem Stück. Auch er erscheint als Getriebener oder zumindest Gefangener von Paragraphen. Statt schon vor Jahren mit den Regionalpolitikern über eine Ausgestaltung von Autonomiebefugnissen zu verhandeln verbarrikadierte er sich hinter den Buchstaben der Verfassung. Das katalanische Drama wird kläglich enden für die Separatisten. Aber wenn das EU-Europa die Lehre nicht versteht und weiter den Geist des Kontinents verkennt und verdrängt, dann wird Katalonien ein Intermezzo gewesen sein, eine Schrift an der Wand Europas. Europa sollte die katalanischen Zeichen richtig deuten. Der wert-lose Betrieb in Brüssel, der seelenlose Machtapparat ist nicht zukunftsträchtig. Europa ist mehr als eine Wirtschaftsunion. Wenn das einigende geistige Band nicht neu gestärkt und belebt wird, wird Katalonien bald woanders Nachahmer finden. Dass hier die Kirchen und die Bischöfe mit ihrem Büro in Brüssel eine besondere Verantwortung für die Zukunft des Kontinents tragen, versteht sich von selbst.